



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

50 Jahre Ministerkonferenz für Raumordnung

Festschrift anlässlich des 50-jährigen Bestehens der MKRO



raum denken.

Diese Broschüre greift einzelne Themen heraus, die besonders anschaulich einen Überblick über den Wandel der Raumordnung von 1967 bis heute geben.

Über den QR-Code am Ende eines Textes gelangen Sie zu weiterführenden Informationen zum jeweiligen Thema, mit umfangreichem Kartenmaterial, Texten aus den Raumordnungsberichten und Beschlüssen der MKRO.



Und so geht's: QR-Code Scanner auf Ihrem Smartphone oder Tablet als App herunterladen, das Kameraauge zum Scannen auf das Symbol halten - Sie werden automatisch zu den weiterführenden Inhalten geleitet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Mobilität.....	4
Umweltschutz.....	6
Urbanisierung.....	8
Raumordnung 1967-1977.....	10
Raumordnung 1977-1987.....	14
Raumordnung 1987-1997.....	16
Raumordnung 1997-2007.....	20
Raumordnung 2007-2017.....	22
Zitate aus zentralen Beschlüssen der MKRO und den Raumordnungsberichten	26
Ahnengalerie	30
Interessante Links zur Raumordnung.....	35

Vorwort

Die Raumordnung setzt die räumlichen Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Dass es in Deutschland eine Vielzahl attraktiver, gut funktionierender Städte und Dörfer gibt, starke regionale Wirtschaftsstandorte, ein hochentwickeltes Verkehrsnetz und intakte Landschaften, ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines robusten, gut aufgestellten Planungssystems. In Deutschland haben die Kommunen die „Planungshoheit“. Die Gemeinden legen die Entwicklung ihrer Gebiete durch Flächennutzungs- und Bebauungspläne fest. Diese Pläne sind eingepasst in die Vorgaben der jeweiligen Regionalpläne, die die Vorgaben der Landesentwicklungspläne beachten. Diese wiederum orientieren sich an den Vorgaben der Raumordnungsgesetze des Bundes und der Länder sowie an den Leitbildern, die gemeinsam durch die Ministerinnen und Minister von Bund und Ländern in der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) festgelegt werden.

Die MKRO feiert dieses Jahr ihren 50. Geburtstag: Anlass zum Feiern und Anlass, ein Licht auf 50 Jahre räumliche Entwicklung in Deutschland zu werfen. Viel ist passiert in den letzten 50 Jahren; diese Festschrift gibt einen Überblick, wobei sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Sie will zur Diskussion anregen: was war, was ist, was wird sein?

Denn nach Jahren moderater Entwicklung nehmen Dynamik und damit Konflikte um die Nutzung des Raumes in Deutschland derzeit wieder zu. Migrationsbewegungen dynamisieren die Siedlungsentwicklung, die weiter zunehmende individuelle Mobilität verbunden mit neuen Mobilitätsformen – von Fernbussen und Carsharing über Elektromobilität bis zum autonomen Fahren – stellen räumliche Anforderungen, daneben stellt der anstehende Bau großer Leitungstrassen im Rahmen der Energiewende und zur Digitalisierung ebenso Ansprüche an den Raum wie immer strengere Umwelt- und Hochwasserschutzvorgaben. Hinzu kommt, dass die Unterschiede zwischen den rund 100 Regionen Deutschlands zunehmen. Die Disparitäten wachsender und schrumpfender, wirtschaftlich florierender und stagnierender Regionen steigen. Das im Raumordnungsgesetz verankerte Ziel, für

gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge in allen Regionen Deutschlands zu sorgen, setzt mehr denn je eine starke, zwischen Bund und Ländern abgestimmte Raumordnungspolitik voraus.

Genau das leistet die Ministerkonferenz für Raumordnung seit nunmehr 50 Jahren. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und für die Zukunft Kraft und Erfolg!

Ich wünsche eine anregende Lektüre und interessante Diskussionen.

Rainer Bomba

Staatssekretär

im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

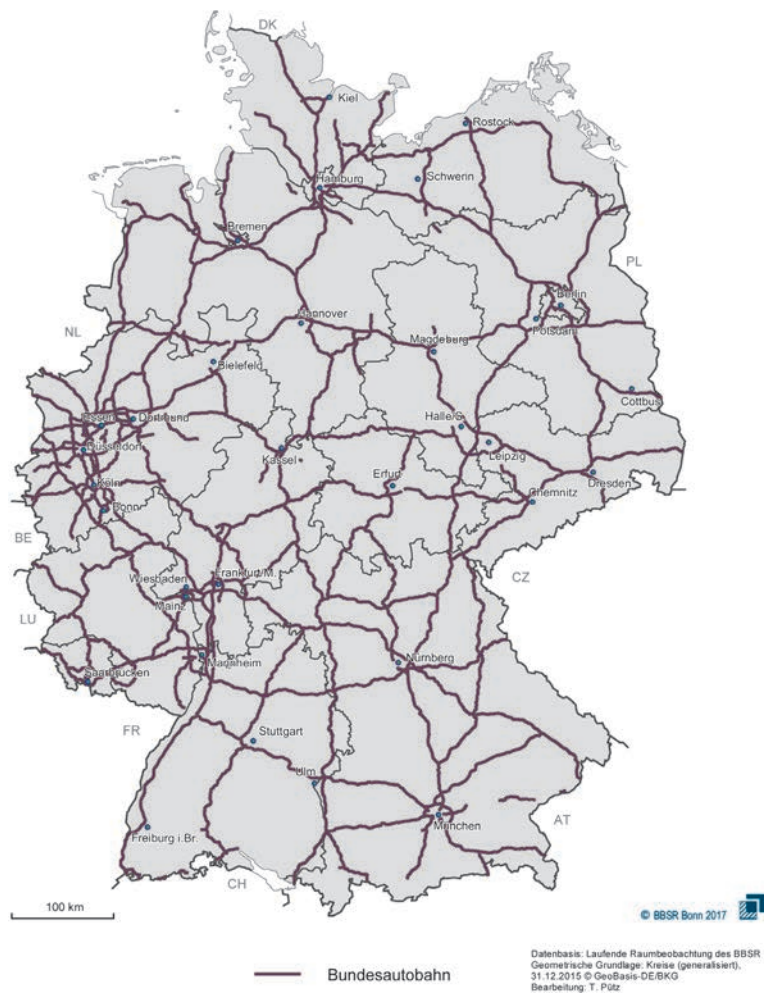
Berlin, 12.06.2017

Mobilität

Bundesautobahnen 1965

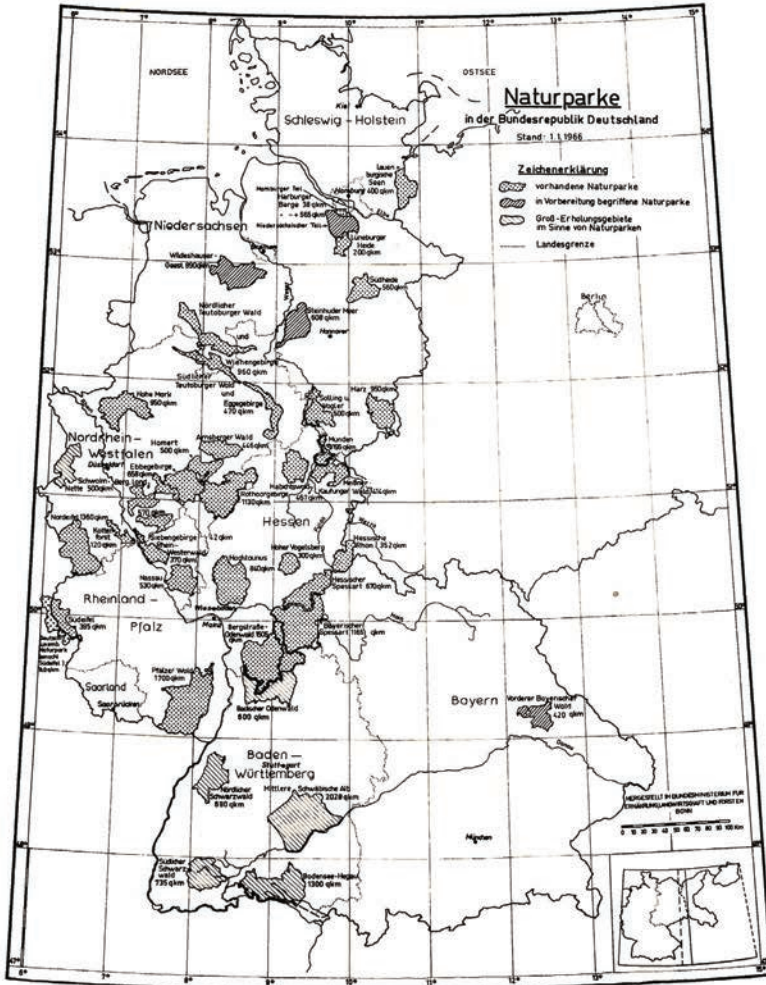


Bundesautobahnen 2015



Umweltschutz

Naturparke 1965



Naturparke 2015







Urbanisierung

Städte über 100.000 Einwohner 1965



Städte nach Einwohner

-  100 000 bis zu 250 000
-  250 000 bis zu 500 000
-  500 000 bis zu 1 000 000
-  1 000 000 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoInfo-DE/BKG
Bearbeitung: T. Pötz

Städte über 100.000 Einwohner 2015



Städte nach Einwohner

- 100 000 bis zu 250 000
- 250 000 bis zu 500 000
- 500 000 bis zu 1 000 000
- ⬡ 1 000 000 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: T. Pütz

Raumordnung 1967-1977

Einführung des zentrale-Orte-Prinzips

Mit der Entschließung „Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche“ der MKRO wurde 1968 das von Walter Christaller entwickelte und zuvor lang diskutierte Zentrale-Orte-Prinzip in der Raumplanung verankert. Ein das Bundesgebiet überziehendes System von Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren mit einem repräsentativen Ausstattungskatalog sollte die umfassende Versorgung aller Bürger sicherstellen.

Einführung der Raubeobachtung

Auf Beschluss des Bundestages wurden im Raumordnungsbericht 1968 erstmals Prognosen für die kommenden Jahre aufgenommen. Einige davon sind eingetreten, andere nicht: während in den ersten Prognosen mit einer um 35% steigenden Anzahl der Unter-15-Jährigen bis 2000 und ein Bevölkerungswachstum auf ca. 70 Mio. im Jahr 2000 vorausgesagt wurde, war bereits 1974 von der Tendenz einer „stagnierenden, wahrscheinlich sogar rückläufigen Bevölkerungsentwicklung“ die Rede.

Erste europäische Raumministerkonferenz

1970 fand auf Initiative Deutschlands die erste Europäische Raumordnungsministerkonferenz statt, auf der die Grundlagen einer gesamteuropäischen Raumordnungspolitik geschaffen werden sollten. Vereinbart wurden u.a. ein ständiger Informationsaustausch, Zusammenarbeit der Forschungsinstitute für Prognosen, Abstimmung der Pläne in Grenzregionen und die Vereinheitlichung der Terminologie, der Statistiken und der kartografischen Methoden.

Förderung der deutsch-deutschen Grenzregionen

Das im Jahr 1971 verabschiedete „Zonenrandförderungsgesetz“ nahm sich neben der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der östlichen

Grenzgebiete der Bundesrepublik an. Der Abbau des Strukturgefälles war tragendes Prinzip zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen als Ziel der Raumordnung.

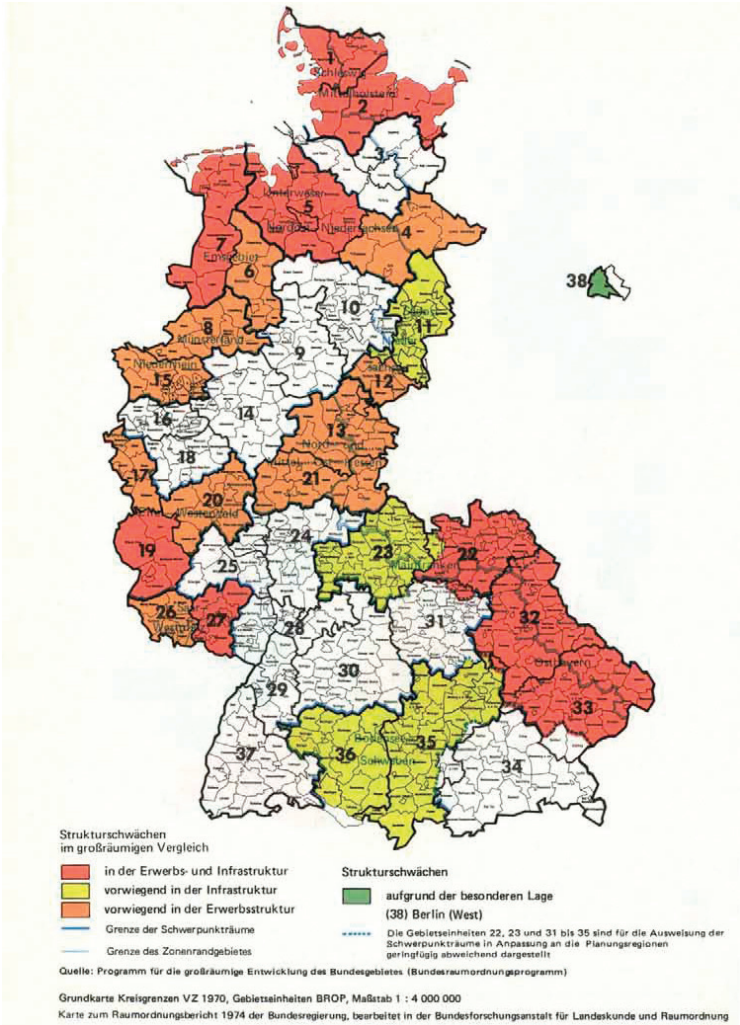
Vorrang für den Umweltschutz

Das Umweltbewusstsein wächst. 1972 verabschiedete die MKRO die Entschließung „Raumordnung und Umweltschutz“, die u.a. dem Umweltschutz Vorrang einräumte, sofern mit zumutbarem Mehraufwand Umweltbelastungen durch einen anderen Standort oder eine andere Trasse vermieden werden können.

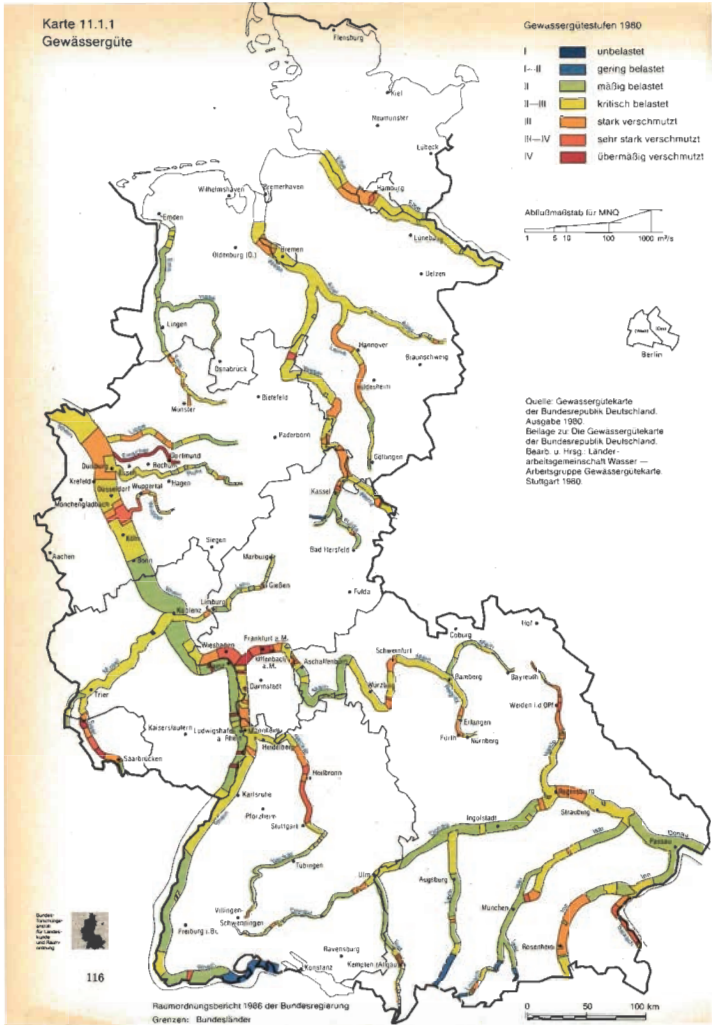
Ende der Außenwanderungsgewinne

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte fand Mitte der 70er Jahre aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Ölkrise ein jähes Ende. Wurde im Jahr 1970 noch ein Außenwanderungsgewinn von etwa 580 000 Personen verzeichnet, ging dieser bis 1973 auf 380 000 Personen zurück und lag 1974 bei Null. Damit fallen die etwa 3,7 Millionen Binnenwanderungsbewegungen (1974) stärker ins Gewicht. Bereits verdichtete Räume wachsen weiter, ländliche und strukturschwache Räume verlieren Einwohner.





Strukturschwache Räume, Bundesraumordnungsprogramm 1974



Karte Gewässergüte, Raumordnungsbericht 1986

Raumordnung 1977-1987

Anstieg des Flächenverbrauchs

Der Flächenverbrauch für Siedlungsflächen stieg in den 70er und 80er Jahren überproportional zur Bevölkerungsentwicklung an. Zunehmend wurden landwirtschaftlich genutzten Fläche in Siedlungsfläche umgewandelt. Die Nachfrage nach größerem Wohnraum stieg ebenso wie der Flächenbedarf der Wirtschaft. Flächennutzungskonflikte nahmen zu.

Dezentrale Konzentration zur Stärkung ländlicher Regionen

Mit dem Konzept der Dezentralen Konzentration sollte eine möglichst ausgeglichene Raum- und Siedlungsstruktur in der ganzen Bundesrepublik erreicht werden. Grund-, Mittel- und Oberzentren sollten Agglomerationsräume entlasten und strukturschwache Räume stärken. Im Raumordnungsbericht 1982 wird konstatiert, dass die Wirtschaftskraft einer Region nicht mehr zwangsläufig mit ihrer Bevölkerungsdichte zusammenhängt und dass ländliche Räume nicht mehr per se mit Strukturschwäche gleichgesetzt werden können.

Waldsterben

Die Waldschadenserhebung 1985 nannte die Zahl von insgesamt 52% geschädigter Waldfläche in Deutschland. Durch die Ausweisung von Vorranggebieten bzw. Gebieten mit besonderer Bedeutung konnte die Raumordnung dazu beitragen, dass wichtige Naturräume und Schutzgüter in den Belangen der Planung berücksichtigt werden. Im Laufe der 80er Jahre wurden verstärkt Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke ausgewiesen.

Neue Aspekte der regionalen Wirtschaftsentwicklung

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums wirkte sich unmittelbar auf den Ausbau der kommunalen Infrastruktur aus. Planungen für neue Rathäuser,

Schulen, Krankenhäuser oder Schwimmbäder wurden weitestgehend eingestellt. Die Raumordnung identifizierte neue Handlungsfelder: Der Raumordnungsbericht 1982 nennt Energieversorgung, Abfallwirtschaft, innerregionalen Verkehr und Innovationsförderung als „Engpassbereiche für die regionale Wirtschaftsentwicklung“.

Stärkung der Bildungsinfrastruktur

Mit dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) 1976 wurde der Zugang zu Bildung als Aspekt der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse thematisiert: ein „regional und überregional ausgeglichenes Angebot an Hochschuleinrichtungen“ soll gewährleistet werden; dabei sollen „Grundsätze und Ziele der Raumordnung beachtet werden“ (§ 2 Nr. 5 HBFG). Insgesamt 850.000 Studienplätze sollten neu geschaffen werden.

Alterung der Bevölkerung und Familienpolitik

Weniger Geburten führten seit Ende der 70er Jahre zu einem bis zu 33%igen Rückgang der Fünf- bis Neunjährigen in allen Regionen der BRD, was im ROB 1982 u.a. zur Forderung nach „erhöhten Anstrengungen zur Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Infrastruktur“ führte (ROB 1982, S.15). Es wird die These aufgestellt, dass sich die Auswirkungen dieser Entwicklung längerfristig nur durch eine „aktive Familienpolitik mildern lassen“ (ROB 1982, S. 18). Man müsse „der Kindererziehung den ihr gebührenden Rang wiedergeben und alte Menschen besser im Familienverband versorgen“.



Raumordnung 1987-1997

Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung Deutschlands stellte die Raumordnung vor nie dagewesene Herausforderungen. Der Grundsatz, in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, rückte an vorderste Stelle der Agenda. Für das vereinigte Deutschland wurden drei Ziele definiert, die auf die Ordnung, Entwicklung und den Ausgleich der regionalen Siedlungsstruktur abzielten.

Verringerung von Umweltbelastungen

Im neu hinzugekommenen Bundesgebiet der ehemaligen DDR waren sowohl Luft als auch Boden und Wasser hoch belastet. Schwefeldioxid- und Staubkonzentrationen in der Luft waren in einigen Regionen von gesundheitsgefährdender Höhe, Nitratreintrag in das Grundwasser verschlechterte die Qualität des Trinkwassers; Flüsse waren aufgrund fehlender Kläranlagen und der Einleitung von Abwasser aus veralteten Produktionstechnologien stark verschmutzt. Mit dem Einigungsvertrag galt auch für die neuen Länder die Prämisse, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Pilotprojekte und Sofortmaßnahmen mit umfassender finanzieller Förderung zielten auf eine schnelle Verbesserung des Umweltzustands in den neuen Ländern ab.

Zwei Wirtschaftsstrukturen prallen aufeinander

Die Wirtschaftsstruktur in den „neuen Ländern“ unterschied sich erheblich von den „alten“ Regionen. Monostrukturelle Industriegebiete dominierten in den Verdichtungsräumen, Landwirtschaft im ländlichen Raum, es gab im Vergleich wenige Unternehmen im Dienstleistungssektor.

Unterschiede der Lebensverhältnisse und Abwanderung

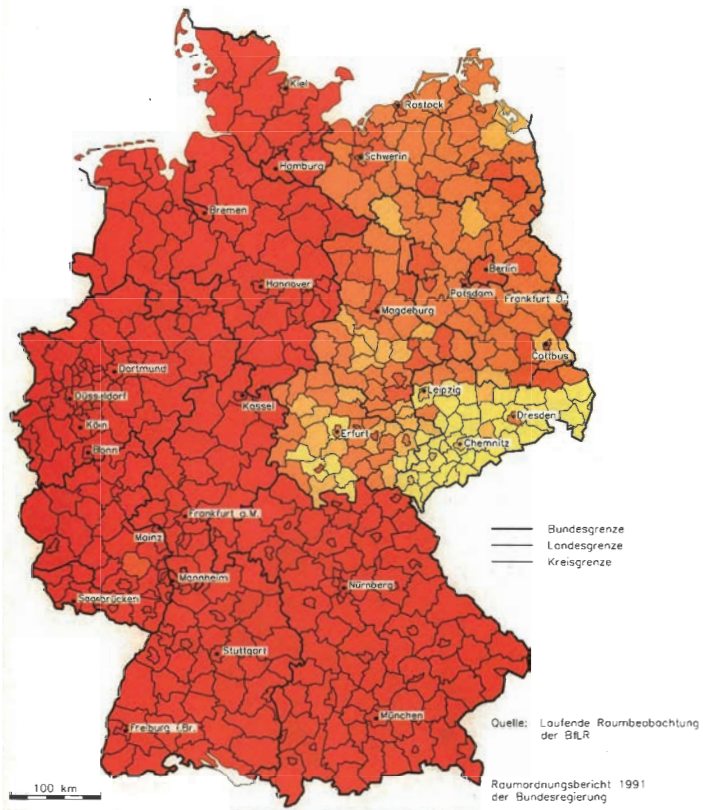
Nach jahrzehntelanger Teilung gab es in einigen Bereichen gravierende Unterschiede zwischen Ost und West: Die Kindertageseinrichtungen im

Vorschulbereich waren in den neuen Ländern bereits flächendeckend ausgebaut, während die Versorgung aller Wohnungen mit einem WC noch nicht abgeschlossen war. Vor allem die wirtschaftliche (Versorgungs-)Lage trug zu erheblicher Abwanderung aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in die alten Länder bei. Im Raumordnungsbericht 1993 wurde diagnostiziert: „Solange das Gefälle im Lebensniveau zwischen den alten und neuen Ländern existiert, besteht seitens der Bevölkerung in der ehemaligen DDR eine hohe Bereitschaft zum Wegzug in die alten Länder“. In einer Hinsicht waren beide Landeshälften jedoch gleich: sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern stieg die Lebenserwartung und nahm die Geburtenrate ab.

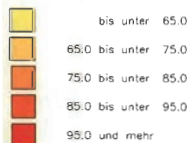
Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen

1992 beschloss die MKRO den „Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen“, mit dem auf die grundlegenden Änderungen der deutschen Raumstruktur durch die Wiedervereinigung eingegangen wurde. Die Aufstellung von fünf Leitbildern mit Aspekten der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, der dezentralen Raum- und Siedlungsstruktur, der Stärkung der Standortbedingungen oder der optimierten Raumnutzung führte zum ersten Mal seit 20 Jahren zu einem einstimmigen Konsens des Bundes und der Länder. Der Orientierungsrahmen war zur ständigen Weiterentwicklung konzipiert, offen für Änderungen und rechtlich nicht bindend. 1995 beschloss die MKRO den „Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen“ mit konkreten Strategien zur Umsetzung des Orientierungsrahmens.



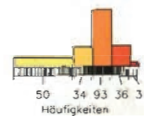


Wohnungen mit WC in der Wohnung
in v.H. aller Wohnungen
(alte Länder: 1987; neue Länder: 1989)

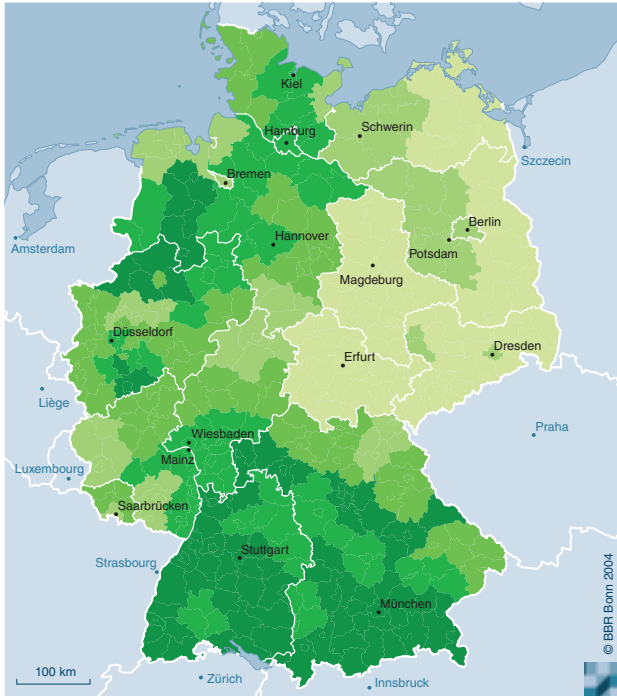


	alte Länder	neue Länder
Minimum:	94,6	33,5
Maximum:	99,7	99,6
Mittelwert:	98,3	75,6

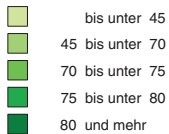
Bundeswert: 93,5



Wohnungsausstattung mit WCs, Raumordnungsbericht 1991



Anteil der mit dem Leben in der Region zufriedenen Befragten 2003 in %



Anmerkung: Angegeben ist der prozentuale Anteil der Teilnehmer im Alter von 18 bis 59 Jahren, die auf die Frage "Wie denken Sie über die folgende Aussage zum Leben in Ihrer Region? - Alles in allem gesehen kann man in der Region, wo ich lebe, sehr gut leben." auf einer Skala von 1 = "Stimmt genau" bis 6 = "Stimmt gar nicht" mit 1 oder 2 geantwortet haben.

Raumgliederung nach Perspektive Deutschland, Stand 2004; auf Grundlage der Kreise, Stand 31. 12. 2001
 Quelle: Perspektive Deutschland - Eine Initiative von McKinsey, stern, ZDF und AOL
 In: http://www.perspektive-deutschland.de/files/presse_2004/Perspektive-Deutschland_Zufriedenheit_der_Buerger.pdf, Stand: 15. 10. 2004

Lebenszufriedenheit in der Region, Raumordnungsbericht 2005

Raumordnung 1997-2007

Angleichung der Lebensverhältnisse

Im Raumordnungsbericht 2000 wird „als allgemeine Tendenz [...] eine Angleichung der Lebensverhältnisse“ festgestellt. Die Infrastruktur der neuen Länder wurde umfassend ausgebaut und war teilweise über dem Niveau der alten Länder. Nichtsdestotrotz gab es in einigen Bereichen deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Der Abbau der Unterschiede genoss nach dem Raumordnungsbericht 2000 weiterhin „hohe politische Priorität“.

Verflechtungsräume und Metropolregionen

Mit der fortschreitenden Globalisierung nahm auch die Bedeutung der Verflechtungsräume und Metropolregionen zu, die im internationalen Standortwettbewerb bestehen konnten. Die Zusammenarbeit der Städte und ihres Umlands in „Metropolregionen“ wurde forciert. Die MKRO stärkte in ihrem Beschluss „Metropolregionen“ 2003 die Bedeutung solcher Räume. Die polyzentrische Verteilung der Metropolregionen im Bundesgebiet wird als Wettbewerbsvorteil gesehen.

Nachhaltige Entwicklung

Mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes wurde 1998 die „nachhaltige Raumentwicklung“ in den Fokus der Raumordnung gerückt. Ein Ziel war, den Umweltschutz mit den Interessen der Wirtschaft und sozialen Nutzungen wie beispielsweise Wohnen in Einklang zu bringen und für Ausgleich zu sorgen. Festgestellt wurde, dass zentralörtlich organisierte Räume deutlich nachhaltiger sind als solche mit einer zersiedelten Struktur. Die MKRO beschloss 2001 in diesem Zusammenhang „Leitlinien zur Anwendung des Zentrale-Orte-Konzepts als Instrument einer nachhaltigen Raumentwicklung“.

Erhebung der Lebenszufriedenheit in den Regionen

Erstmalig wurde im Raumordnungsbericht 2005 die Lebenszufriedenheit in den verschiedenen Regionen Deutschlands erhoben. Der Raumordnungsbericht 2005 hob ein starkes Ost-West-Gefälle hervor; nur drei Städte im Osten wurden in Bezug auf die Lebensqualität besser bewertet als die schlechtesten westdeutschen Regionen. Dies wurde hauptsächlich mit der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern erklärt.

Leitbilder der Raumordnung

2006 beschloss die MKRO mit den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumordnung in Deutschland“ die Weiterentwicklung des Raumordnungspolitischen Orientierungs- und Handlungsrahmens. Die vorherigen fünf Leitbilder wurden auf die drei Leitbilder „Wachstum und Innovation“, „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ reduziert. Jedes Leitbild wurde mit Handlungsansätzen versehen, um Entscheidungen von Planungsträgern zu koordinieren und die nachhaltige Entwicklung der Bundesrepublik voranzutreiben.



Raumordnung 2007-2017

Strukturschwache Regionen

Periphere und strukturschwache ländliche Regionen haben bereits seit einigen Jahrzehnten stärker mit Überalterung und Abwanderung zu kämpfen als die Ballungsräume. Aber auch dort liegen aufstrebende und strukturschwache Gebiete oft nah beieinander. Diese Entwicklung verstärkte sich nach der Jahrtausendwende. Um die Verfügbarkeit der nötigen Einrichtungen und der Infrastruktur sicherzustellen, sieht die Raumordnung das Zentrale-Orte-Konzept als „ein wichtiges Orientierungsraaster“; gerade Mittelzentren in dünn besiedelten Gebieten sollen als „stabilisierende Anker“ fungieren (ROB 2011). Mit Programmen wie dem „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ werden Möglichkeiten der Daseinsvorsorge für betroffene Gemeinden und Regionen ausgelotet.

Klimawandel

Die MKRO beschloss 2013 das „Handlungskonzept der Raumordnung zu Vermeidungs-, Minderungs- und Anpassungsstrategien in Hinblick auf die räumlichen Konsequenzen des Klimawandels“. Den Beitrag der Raumordnung zum Klimaschutz sah die MKRO vor allem in energiesparender und verkehrsvermeidender Siedlungsentwicklung und der Sicherung von CO₂-Senken; gleichzeitig stand der Hochwasserschutz, der Küstenschutz und der Schutz der Berggebiete im Fokus. Weitere Anpassungsstrategien wie Konzepte zur Vermeidung von regionaler Wasserknappheit oder zur Veränderung im Tourismusverhalten wurden entwickelt. Mit der Veröffentlichung „Klimawandelgerechter Regionalplan“ wurde 2017 eine Handlungshilfe für die Praxis zur Verfügung gestellt.

Energiewende

Die im Jahr 2011 nach dem Super-GAU in Fukushima stark vorangetriebene Energiewende muss auch raumordnerisch umgesetzt werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Umstieg auf erneuerbare Energien setzt die

Ausweisung von Flächen für Bio-, Wind- und Sonnenenergie sowie Stromtrassen voraus. Da die Windenergiepotenziale (auch Offshore!) vor allem in Norddeutschland liegen, der Großteil der stromintensiven Industrie jedoch in Süddeutschland angesiedelt ist, sind neue Netze notwendig. Die MKRO stellte 2011 mit dem Beschluss „Verstärkte Nutzung regenerativer Energien und Ausbau der Netze“ fest, dass die Raumordnung hierbei eine tragende Rolle spielt. Der Netzausbau durch die BNetzA nimmt seit 2017 Fahrt auf.

Zuwanderung

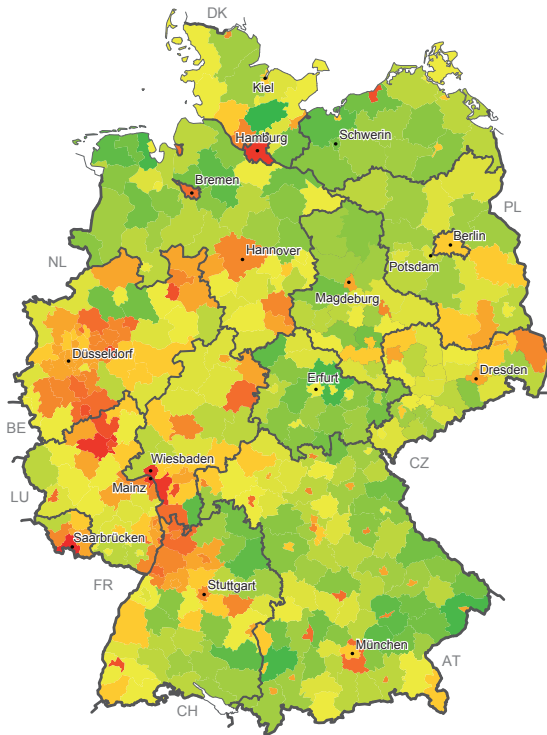
Seit 2015 kamen mehr als eine Million Asylsuchende nach Deutschland. Der Zuzug stellt viele Kommunen auch vor erhebliche räumliche bzw. planerische Herausforderungen; der Bedarf an Wohnraum und sozialer Infrastruktur wächst. Einige ländliche Regionen sehen in der Zuwanderung neuer Bürger eine Zukunftschance. Im Rahmen von zwei Diskussionsforen des BMVI wurden Migrations- und Integrationsfragen erörtert und gezielt Chancen und Risiken der Zuwanderung analysiert.

Neue Leitbilder der Raumentwicklung

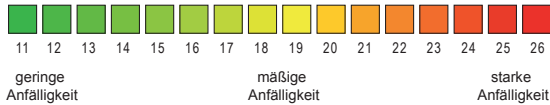
Im März 2016 beschloss die MKRO den neuen Rahmenbedingungen angepasste Leitbilder für die Raumentwicklung, um Impulse für eine zukunftsfähige Entwicklung der Regionen zu geben. Neu hinzugekommen ist das Leitbild „Klimawandel und Energiewende gestalten“. Die vier Leitbilder sind:

1. Wettbewerbsfähigkeit stärken,
2. Daseinsvorsorge sichern,
3. Raumnutzung steuern und nachhaltig entwickeln und
4. Klimawandel und Energiewende gestalten.





Kumulierte Werte für die Anfälligkeit durch raumordnungsrelevante Wirkfolgen des Klimawandels für die Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland



Räumliche Einheit: NUTS3
 Datengrundlage: Einschätzung der Anfälligkeit für 11 raumordnungsrelevante Wirkfolgen des Klimawandels, Bearbeitung: Rannow, Meyer, Fleischhauer, Greiving, Gruehn
 Erstellt im Auftrag des BMVBS/BBSR

Klimawandel-Anfälligkeit der Regionen, Raumordnungsbericht 2011

Zitate aus zentralen Beschlüssen der MKRO und den Raumordnungsberichten

Zur Raumstruktur

„Die Ministerkonferenz für Raumordnung ist der Auffassung, daß das [...] Prinzip der Förderung von Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung für das gesamte Bundesgebiet und für alle Stufen zentraler Orte gilt, um sämtliche Verflechtungsbereiche entsprechend ihren vorhandenen und ausschöpfbaren Möglichkeiten zu entwickeln“

MKRO-Beschluss vom 8. Februar 1968

„Wenn auch der tertiäre Sektor in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat, so ist doch die Industrie immer noch als der für die Raumstruktur bestimmende Entwicklungsfaktor anzusehen“

Raumordnungsbericht 1968, S.15

„Die herkömmliche Gleichsetzung von Verdichtungsräumen mit Wirtschaftsstärke und ländlichen Räumen mit Strukturschwäche hilft nicht mehr weiter“

Raumordnungsbericht 1982, S.111

“Der Zugang zu großräumig bedeutsamen Netzinfrastrukturen [...] ist flächendeckend auf hohem Niveau gesichert.“

Raumordnungsbericht 2000, S. 15

“Allein die Landes- und Regionalplanung – und eingeschränkt auch die Bundesraumordnung – sind [...] in der Lage, die im Raum häufig miteinander kollidierenden [...] Belange in einen Ausgleich zu bringen und den erzielten Interessenausgleich rechtsverbindlich [...] zu fixieren“

Raumordnungsbericht 2011, S.106

Zum Umweltschutz

„Industrieanlage, Kraftfahrzeuge und Hausfeuerungen tragen dazu bei, dass die BRD zu den am stärksten von Luftverunreinigung betroffenen Ländern der Erde zählt.“

Raumordnungsbericht 1970, S.8

„Die Ministerkonferenz für Raumordnung hält es für notwendig, daß die Erfordernisse des Umweltschutzes bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen noch stärker als bisher berücksichtigt werden. Wirtschaftliches Wachstum und das Streben nach höherem Lebensstandard dürfen nicht allein die Maßstäbe für unsere gesellschaftliche Entwicklung sein; Wirtschaftswachstum und Wohlstand können ohnehin auf lange Sicht nur in einer gesunden Umwelt gewährleistet werden.“

MKRO-Beschluss „Raumordnung und Umweltschutz“ vom 15. Juni 1972

„Solaranlagen [...] können [...] zu einer energiesparenden, umweltfreundlichen und kostengünstigen Versorgungsform werden“

Raumordnungsbericht 1978, S.30

Zur Deutschen Einheit

„Die bedeutsamste Aufgabe – in der neueren Geschichte ohne historisches Beispiel – ist darin zu sehen, zwei große Räume, die von unterschiedlichen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtssystemen geprägt worden sind, zu einer Einheit zusammenzuführen.“

Raumordnungsbericht 1991, S.12

“Die unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme haben in den vergangenen 40 Jahren [...] das Erscheinungsbild und die Funktionsfähigkeit von Städten und Dörfern entscheidend geprägt“

Raumordnungsbericht 1991, S. 26

“Der im Raumordnungsgesetz formulierte Auftrag, in allen Teilräumen gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, erhält [...] eine brennende und grundsätzliche Aktualität.“

Raumordnungsbericht 1991, S. 12

Zum demografischen Wandel

“Mindestens für die nächsten beiden Jahrzehnte wird es – wie bisher auch schon – ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gemeinden und Regionen geben“

Raumordnungsbericht 2005, S. 29

“Vor allem die veränderten demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen die Raumentwicklungspolitik von Bund und Ländern vor das Erfordernis, Zielsetzungen und Handlungsstrategien zu überprüfen und neu auszurichten“

MKRO-Beschluss „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ vom 30. Juni 2006

“Jeder einzelne muss sich mit seinen Lebensvorstellungen und –ansprüchen auf die veränderten demografischen Bedingungen einstellen“

MKRO-Beschluss „Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge“ vom 10.06.2009

Zu Energiewende und Klimawandel

“Die Ministerkonferenz für Raumordnung stellt fest, dass die Raumordnung einen maßgeblichen Beitrag zum zügigen Ausbau der regenerativen Energien und der Netze leistet und dies im Hinblick auf die Energiewende verstärkt fortsetzen wird“

Beschluss „Verstärkte Nutzung regenerativer Energien und Ausbau der Netze“ der MKRO vom 24.10.2011

„Für die Anpassung an den Klimawandel sind die Risikovorsorge für den Hochwasserschutz in den Flussgebieten und für den Küstenschutz, der Schutz der Berggebiete, der Schutz vor Hitzefolgen und vor Wasserknappheiten sowie die Berücksichtigung klimabedingter Veränderungen im Tourismusverhalten und in den Lebensräumen von Tieren und Pflanzen von wesentlicher Bedeutung.“

Umlaufbeschluss „Raumordnung und Klimawandel“ vom 06. Februar 2013

Ahnengalerie

Ministerinnen und Minister der Raumordnung

Bundesministerium des Innern (1949-1962)



Gustav Heinemann
(CDU)
1949-1950



Robert Lehr
(CDU)
1950-1953



Gerhard Schröder
(CDU)
1953-1961



Hermann Höcherl
(CSU)
1961-1965

Bundesministerium für Wohnungsbau (1962-1966)



Paul Lücke
(CDU)
1957-1965

Bundesministerium des Innern (1966-1972)



Paul Lücke
(CDU)
1965-1968



Ernst Benda
(CDU)
1968-1969



Hans-Dietrich Genscher
(FDP)
1969-1974

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1972-1998)



Hans-Jochen Vogel
(SPD)
1972-1974



Karl Ravens
(SPD)
1974-1978



Dieter Haack
(SPD)
1978-1982



Oscar Schneider
(CSU)
1982-1989



Gerda Hasselfeldt
(CSU)
1989-1991



Irmgard Schwaetzer
(FDP)
1991-1994



Klaus Töpfer
(CDU)
1994-1998



Eduard Oswald
(CSU)
1998

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (1998-2005)



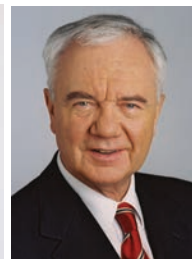
Franz Müntefering
(SPD)
1998-1999



Reinhard Klimmt
(SPD)
1999-2000



Kurt Bodewig
(SPD)
2000-2002



Manfred Stolpe
(SPD)
2002-2005

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2005-2013)



Wolfgang Tiefensee
(SPD)
2005-2009



Peter Ramsauer
(CSU)
2009-2013

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (seit 2013)



Alexander Dobrindt
(CSU)
seit 2013

Interessante Links zur Raumordnung

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI):
www.bmvi.de

Raumordnung kompakt:
<http://www.bmvi.de/DE/Themen/Raumentwicklung/Raumordnung-kompakt/raumordnung-kompakt.html>

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR):
www.bbsr.bund.de

Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR):
www.inkar.de

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL):
www.arl.net

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Inhalt

Referat G 30 (Raumordnung)
Ref-g30@bmvi.bund.de

Konzept

Rico Herzog

Stand

Juni 2017

Gestaltung | Druck

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Referat Z 32, Druckvorstufe | Hausdruckerei

Bildnachweis

Ministerporträt Gustav Heinemann © Bundesregierung - Georg Bauer
Ministerporträt Robert Lehr © Bundesregierung - N.N.
Ministerporträt Gerhard Schröder © Bundesregierung - Teubner
Ministerporträt Hermann Höcherl © Bundesregierung - Jens Gathmann
Ministerporträt Paul Lücke © Bundesregierung - Teubner
Ministerporträt Ernst Benda © Bundesregierung - Renate Patzek
Ministerporträt Hans-Dietrich Genscher © Bundesregierung - N.N.
Ministerporträt Dr. Hans-Jochen Vogel © Bundesregierung - Ulrich Wienke
Ministerporträt Karl Ravens © Bundesregierung - Georg Bauer
Ministerporträt Dr. Dieter Haack © Bundesregierung - Lothar Schaack
Ministerporträt Dr. Oscar Schneider © Bundesregierung - Puck-Archiv
Ministerporträt Gerda Hasselfeldt © Bundesregierung - Engelbert Reineke
Ministerporträt Dr. Irmgard Schwaetzer © Bundesregierung - N.N.
Ministerporträt Prof. Dr. Klaus Töpfer © Bundesregierung - Lothar Schaack
Ministerporträt Eduard Oswald © Bundesregierung - Engelbert Reineke
Ministerporträt Franz Müntefering © Bundesregierung - Julia Faßbender
Ministerporträt Reinhard Klimmt © Bundesregierung - Julia Faßbender
Ministerporträt Kurt Bodewig © Bundesregierung - Julia Faßbender
Ministerporträt Dr. Manfred Stolpe © Bundesregierung - Julia Faßbender
Ministerporträt Wolfgang Tiefensee © Bundesregierung - Julia Faßbender
Ministerporträt Dr. Peter Raumsauer © Bundesregierung - Frank Ossenbrink
Ministerporträt Alexander Dobrindt © Bundesregierung - Steffen Kugler
Karten: BBSR

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

